



Gegen Gasbohren

Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

12.5.2020

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie ("Planungssicherungsgesetz") Drucksache 19/18965

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

unter größter Eile wurde von der Regierungskoalition der Gesetzentwurf zum Planungssicherungsgesetz erstellt und die übliche Verbändeanhörung dazu praktisch unmöglich gemacht, da nur ein Wochenende Zeit zugestanden wurde.

Wir von "Gegen Gasbohren" haben die begründete Sorge, dass bei der Anwendung der im Entwurf dargestellten Einschränkungen der Öffentlichkeitsbeteiligung, diese im Bereich der Erdöl- und Erdgasförderung und -aufbereitung dazu benutzt werden könnten, Vorhaben mit nachteiligen, schädlichen Umweltauswirkungen im Eilverfahren zur Genehmigung zu bringen.

Kern der Bürger- und Verbändebeteiligung an den Verfahren ist der Erörterungstermin, bei dem erfahrungsgemäß immer Aspekte und Informationen auf den Tisch kommen und berücksichtigt werden, die sonst unbeachtet blieben.

Ein Wegfall des Erörterungstermins ist nicht akzeptabel.

Eine Online-Konsultation kann den Erörterungstermin nicht ersetzen, weil der Austausch der Argumente im Diskurs nicht gleichwertig möglich ist. Und die im Gesetzentwurf aufgeführten Telefon- und Videokonferenzen stellen lediglich eine mündliche Variante der Online-Konsultation dar. Obendrein ist Deutschland, zu großen Teilen von der Internet-Ausstattung her, noch nicht in der Lage, solche VIDEO-Konferenzen mit vielen Teilnehmern zu organisieren und ca. 15 % der Bevölkerung haben noch gar keinen Internet-Zugang.

Der im Gesetzesentwurf angeführte Zeitdruck wird unter anderem mit der COVID-19-bedingten Personalknappheit in den Ämtern und Behörden begründet, der diese Regelung notwendig mache. Die eingeschränkte Beteiligung der Öffentlichkeit, wie sie jetzt Gegenstand dieses Entwurfes ist, würde die solcherart erzwungene Zeitverzögerung der Bearbeitung bei großen Projekten und Vorhaben nicht aufholen können.

Da es sich bei diesem Gesetzesvorschlag um einen schwerwiegenden Eingriff in unser demokratisches Selbstverständnis handelt, ist es nicht richtig, unter dem "COVID-19-Titel" diese Errungenschaft zu beschädigen. Denn damit wird die Teilnahme der Bürger an den Vorhaben beschnitten, die einen sehr bedeutenden Teil der demokratischen Teilhabe darstellt.

Wir plädieren dafür, dass solche Verfahren, bei denen ein Erörterungstermin stattfinden kann oder muss, bis zum Herbst 2020 ausgesetzt werden, bis sich die Situation bezüglich der herrschenden Pandemie entspannt hat. Diese wenigen Monate Verzögerung dürften zu ertragen sein. Deshalb bitten wir Sie dringendst, diesem Gesetzesvorhaben Ihre Zustimmung zu verweigern.

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/189/1918965.pdf>

Mit freundlichen Grüßen

Volker Fritz

Mitglied im bundesweiten Zusammenschluss "Gegen Gasbohren"

Unterzeichnende BIs:

Arbeitskreis Fracking Braunschweiger Land
Berliner Wassertisch c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.
IG Gegen Gasbohren, Hamminkeln
Wir gegen fracking - BUND Lüneburg
BBU Bundesverband, Bonn
IG Schönes Lünne
BI gegen Gasbohren im Süd-/Brookmerland
Andy Gheorghiu Consulting
GENUK e.V., Hamburg
BI - LK Oldenburg
BI Gesundheit Hemslingen/Söhlingen
BI Gemeinsam gegen Gas- und Probebohren am Niederrhein
BI Umweltschutz Uelzen
AG Erdgas-Erdöl-Fracking der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.V.
FEBiD e.V., Templin
BI LangBÜRGNERsee, Bad Endorf
BI Gegen Gasbohren im Oberspreewald, Goyatz
AG Post Fossil, Kassel
BI "inofrack" Inde-Rur
BI Saubere Umwelt & Energie, Altmark
Gemeinnütziger Umweltschutzverein pro GRÜN e.V., Paderborn
Bezirkskonferenz Naturschutz Ostwestfalen (OWL)
Initiative gegen Gasbohren im Tecklenburger Land, Ibbenbüren
BI Chiemgauer Seenplatte gegen Gasbohren, Rimsting
BI Gegen Gasbohren, Hamm
BI Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe/Brunsbüttel
BI Flecken Langwedel gegen Gasbohren
BI Rote Hand Thedinghausen/Achim
BI Gegen Gasbohren in Walle
BI Intschede Wesermarsch ohne Bohrtürme
BI No Fracking im Erdgasfeld Völkersen
Stop Fracking - Bürgerinitiative für sauberes Wasser, Witten
Aktionsbündnis No Moor Fracking, Diepholz

UBI Salzhausen
IG Breinermoor/Backemoor
Lausitzer Initiative gegen Rohstoffpiraterie, Neißeaue
IG Frackloses Gasbohren im Landkreis Rotenburg
BI Gegen Gasbohren Zehdenick-Templin-Gransee
BI Mensch und Umwelt Sulinger Land
BI kein-frack-in-wf, Cremlingen
BI Fracking-freies-Artland e.V., Quakenbrück
BI gegen Gasbohren im Landkreis Rotenburg e.V.
Abgefrackt Bündnis Weidender Becken gegen Fracking
Stop-Fracking-Arbeitsgruppe, attac Nienburg
WUG Initiative Wittorfer Bürger für Umwelt und Gesundheit e.V.
BI Gegen CO2-Endlager e.V., Nehnten
BI Walsrode gegen Fracking, Verpressen und Abfackeln
BIGG Drensteinfurt e. V.
BI Frackingfreies Hamburg-FFH